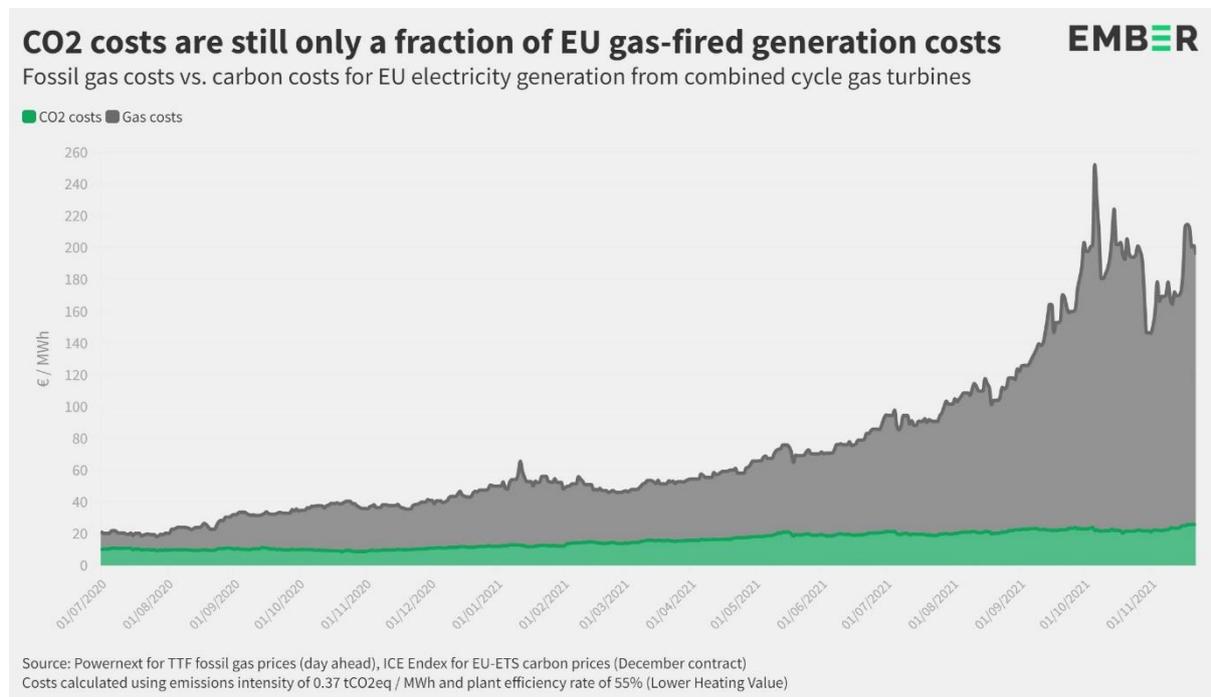


## 4-Punkte-Plan gegen hohe Energiepreise

Hohe Energiepreise sind eine echte Herausforderung für die europäischen Bürger und die europäische Industrie. Wir müssen die berechtigten Sorgen der Menschen ernst nehmen und gleichzeitig die richtigen Entscheidungen treffen, um die Ursache dieses Problems in absehbarer Zeit zu beseitigen. Laut vielen Experten, mit denen ich gesprochen habe, sind die Ursachen für die hohen Energiepreise zu 90 % auf die Verknappung fossiler Brennstoffe und (manipulatives) Marktverhalten von Anbietern fossiler Brennstoffe zurückzuführen. Auch die Erhöhung des ETS-Preises ist auf diesen Faktor zurückzuführen und nicht umgekehrt. Um das Problem wirklich anzugehen, müssen daher die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Ich schlage vor, die folgenden Maßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen.

1. **Investitionen in Erneuerbare und Energieeffizienz verstärken, um unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden.** Hauptursache des aktuellen Preisanstiegs ist die Verknappung fossiler Brennstoffe. Es ist sehr klar, dass der Gaspreis viel stärker gestiegen ist als der Preis für jede andere Energieform. Laut Financial Times sind die Großhandelspreise für europäisches Gas im Jahr 2021 um mehr als 800 Prozent gestiegen<sup>1</sup>. Im Gegensatz dazu erreichten die ETS-Preise zwar ein neues Rekordhoch von etwa 90 € pro Tonne CO<sub>2</sub>, verdreifachten sich jedoch nur<sup>2</sup>. Auch der Ölpreis steigt, aber nicht so drastisch. Der hohe Gaspreis ist der Hauptgrund für den Anstieg der Strompreise. Eine sehr gute Analyse des Europaabgeordneten Andrius Kubilius, ehemaliger Ministerpräsident von Litauen, zeigt, wie Russland den Markt manipuliert und den Gaspreis absichtlich in die Höhe treibt<sup>3</sup>. Deshalb sollte die Hauptantwort auf die hohen Energiepreise darin bestehen, den Einsatz erneuerbarer Energien und die



<sup>1</sup> <https://www.ft.com/content/a0bc7996-ab5d-465b-aab4-90472e088af7>.

<sup>2</sup> <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2022/html/ecb.sp220108~0425a24eb7.en.html>.

<sup>3</sup> [https://lithuaniantribune.com/gazprom-and-green-deal-who-will-win-gazprom-is-manipulating-the-deliveries-of-gas-to-european-markets-why/?fbclid=IwAR0fdpacmqWIFiSQFvC94qxl7EGFLkKQUDJ9DnYDp\\_Gz4VVEtX2yvJI5O-U](https://lithuaniantribune.com/gazprom-and-green-deal-who-will-win-gazprom-is-manipulating-the-deliveries-of-gas-to-european-markets-why/?fbclid=IwAR0fdpacmqWIFiSQFvC94qxl7EGFLkKQUDJ9DnYDp_Gz4VVEtX2yvJI5O-U).

Energieeffizienz zu stärken. Der Green Deal und das Fit for 55-Paket sind die Lösung des Problems und nicht die Ursache des Problems.

- 2. Steuern und Abgaben auf Energie, insbesondere auf erneuerbaren Strom, drastisch senken und komplett abschaffen.** Eine gezielte Senkung der Steuern und Abgaben auf Energie ist notwendig, um Bürgern, insbesondere einkommensschwachen Familien, und Unternehmen, insbesondere KMU, zu helfen. Jede Senkung von Steuern und Abgaben auf fossile Brennstoffe sollte vorübergehend und zielgerichtet sein. Im Gegensatz dazu sollten Steuern und Abgaben auf Strom, insbesondere auf erneuerbaren Strom, drastisch und sofort und dauerhaft gesenkt werden. Wenn wir dekarbonisieren wollen, müssen wir Strom, insbesondere erneuerbaren Strom, erschwinglicher machen. Wer sich für ein Elektrofahrzeug oder eine Wärmepumpe entscheidet, sollte nicht mit hohen Strompreisen bestraft werden. Kosten zu senken und Bedürftigen zu helfen, ist gut für die Dekarbonisierung dieses Bereichs. Von morgen an sollten die Einnahmen aus dem ETS in vollem Umfang verwendet werden, um die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Übergang zu unterstützen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Italien nur 28 % der ETS-Einnahmen für den Klimaschutz aufwendet und Polen nur 51 %<sup>4</sup>.
- 3. Widerstand gegen ein überambitioniertes ETS1.** Wir sollten die Ambitionen im ETS1 nicht stärker erhöhen, als von der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Als Teil des „Fit for 55“-Pakets hat die Kommission eine erhebliche Steigerung der Ambitionen



<sup>4</sup> WWF (2021): Fit for 2030. Making EU ETS Revenues Work for Climate and People. [https://wwfeu.awsassets.panda.org/downloads/making\\_eu\\_ets\\_revenues\\_work\\_for\\_people\\_and\\_climate\\_summary\\_report\\_june\\_2021\\_2.pdf](https://wwfeu.awsassets.panda.org/downloads/making_eu_ets_revenues_work_for_people_and_climate_summary_report_june_2021_2.pdf)

im ETS 1 vorgeschlagen, und dies ist notwendig, um unsere Ziele zu erreichen. In geringem Umfang hat dies aber auch zu einer Preiserhöhung beigetragen. Auch wenn die Gesetzgebung noch nicht umgesetzt ist, steigt der Preis, weil die Marktteilnehmer wissen, dass die Ambitionen steigen werden. Wenn wir die Ambition nochmal erhöhen, wirkt sich das sofort preislich aus, denn Zertifikate, die jetzt gekauft werden, können auch in Zukunft genutzt werden: nicht nur mittel-, sondern auch langfristig. Im Gegensatz dazu tritt das ETS2 erst 2025, 2026 oder 2027 in Kraft. Folglich hat die Einführung eines ETS2 keine Auswirkungen auf die Energiepreise in den nächsten drei oder vier Jahren.

- 4. Für bessere Markttransparenz im ETS Markt und einen wirksamen Mechanismus gegen zu starke Preiseinstiege eintreten.** Es ist unfair, das EU ETS für den Preisanstieg verantwortlich zu machen, da es hauptsächlich die gestiegenen Preise für fossile Brennstoffe und die Knappheit von Gas sind, die den ETS-Preis sogar treiben. Da Gas teuer und knapp ist, lohnt es sich bei den hohen Energiepreisen auf Kohle umzusteigen. Auf diese Weise wird mehr Kohle verbraucht und dies führt zu einer höheren Nachfrage nach Zertifikaten, da durch die Verbrennung von Kohle mehr CO<sub>2</sub> entsteht. Doch auch wenn die steigenden Preise des EU-ETS nur einen sehr kleinen Teil des Problems ausmachen, müssen die Auswirkungen des ETS sorgfältig bewertet werden. Das System braucht dringend mehr Transparenz. Als Berichterstatter zum ETS werde ich einen Änderungsantrag vorschlagen, in dem die Kommission aufgefordert wird, so bald wie möglich nach der Veröffentlichung des erwarteten Berichts der ESMA im März einen Transparenzmechanismus einzuführen. Ich werde ebenso vorschlagen, Artikel 29 zu stärken, um mehr Optionen gegen extreme Preissprünge wie momentan zu haben.